№ 298. Sonnabend, den 19. Dezember 1896.

Erscheint wöchentlich 6 mal Abends.
Vierteljährlicher Abonnementspreis in Thorn bei der Expedition Brückenstraße 34, bei den Depots und bei allen Reichs-Postanstalten 1,50 Mark, frei in's Haus 2 Mark.

Thorner Ostdeutsche Zeitung.

Insertionsgebühr
die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 10 Pf.
Annoncen-Annahme in Thorn: die Expedition Brückenstraße 34 Heinrich Netz, Koppernikusstraße.

Inseraten-Annahme auswärts: Strasburg: A. Fuhrich. Inowrazlaw: Justus Wallis, Buchhandlung. Neumark: J. Köpke. Graudenz: Der „Gesellige". Lautenburg: M. Jung. Gollub: Stadtkämmerer Austen.

Expedition: Brückenstr. 34, part. **Redaktion:** Brückenstr. 34, I. Et.
Fernsprech-Anschluß Nr. 46.
Inseraten-Annahme für alle auswärtigen Zeitungen.

Inseraten-Annahme auswärts: Berlin: Haasenstein und Vogler, Rudolf Mosse, Invalidenbank, G. L. Daube u. Ko. u. sämmtl. Filialen dieser Firmen in Breslau, Dresden, Leipzig, Frankfurt a./M., Nürnberg, München, Hamburg, Königsberg 2c.

Vom Landtage.

Herrenhaus.

4. Sitzung vom 17. Dezember.

Von dem gestern zum Präsidenten gewählten Fürsten Solms-Lich ist ein Schreiben eingegangen, in welchem derselbe erklärt, er müsse zu seinem Bedauern die Wahl ablehnen, weil er herzleidend sei.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation des Grafen Udo Stolberg, betreffend die Trennung der Produktenbörse von der Fondsbörse und die Zusammensetzung des Vorstandes der Produktenbörse. Der Gegenstand wird indeß einstweilen zurückgestellt, weil der Herr Handelsminister zu Beginn der Sitzung noch im Abgeordnetenhause in Anspruch genommen ist.

Hierauf gelangt der Seefeuervertrag mit Holland zur Annahme, und zwar ohne jegliche Debatte. Auch die Hausirsteuernovelle wird debattelos in der Fassung des Abgeordnetenhauses genehmigt. Ferner wird die Vorlage, betr. Abänderung des Gesetzes über Errichtung und Unterhaltung von Fortbildungsschulen in Westpreußen und Posen vom 4. Mai 1886 unverändert angenommen, desgleichen die evangelische Kirchengemeindeordnung für die Hohenzollernschen Lande. — Nachdem noch die Vorlage, betr. Heranziehung der Fabriken, Steinbrüche, Ziegeleien 2c. für den Wegebau in der Provinz Pommern genehmigt, folgt die Interpellation des Grafen Udo Stolberg, zu deren sofortiger Beantwortung sich der inzwischen erschienene Handelsminister bereit erklärt.

Graf Udo Stolberg begründet die Interpellation.

Handelsminister Brefeld entgegnet, die Börsenordnungen unterlägen der Genehmigung der Landesregiernngen. Es seien nun die Handelskammern aufgefordert worden, ihre Börsenordnnngen gemäß dem neuen Börsenreformgesetze umzugestalten. Die völlige Trennung von Produkten- und Fondsbörse sei nicht überall so recht angängig, es seien doch verschiedene Bestimmungen für beide Börsen angebracht. Auf Grund der Börsenordnungen seien bereits in Königsberg, Elbing, Stettin 2c. Müller und Landwirthe in den Börsenvorständen vertreten. Der Wunsch des Interpellanten, den Vorstand zu gleichen Theilen aus Handel, Landwirthschaft und Müllerei zusammenzusetzen, gehe über den Rahmen des Börsengesetzes hinaus. Es liege überhaupt in der Natur der Dinge, daß jetzt, wo das Börsengesetz noch nicht in Kraft sei, man in den Beschränkungen nicht weiter gehe, als unbedingt nöthig. Erst, wenn der Staatskommissar funktioniren werde, werde die Regierung sich dessen, sowie des Börsenausschusses zu bedienen in der Lage sein, um in das etwaige Erforderniß einen näheren Einblick zu gewinnen. Jetzt möchte man aber die Regierung nicht zu weiteren Schritten drängen.

Graf Klinkowström spricht sich im Sinne des Interpellanten aus und geht sodann näher auf das Wesen der Börse ein. Er bemängelt dabei, daß trotz großer Geschäfte in anderen Produkten der Königsberger amtliche Kurszettel nur Weizen und Roggen notire. Die Königsberger Börse habe sich außerdem, einer Verfügung des Ministers zum Trotz, geweigert, Probeverwiegungen unter Mitwirkung eines Mitgliedes der Landwirthschaftskammer vorzunehmen. Eine solche Unverschämtheit sei ihm noch nicht vorgekommen. Hilfe bringe nur eine starke Vertretung der Landwirthschaft im Börsenvorstande.

Minister Brefeld bittet nochmals, nicht zu drängen.

Landwirthschaftsminister v. Hammerstein betont, nicht die Zahl sei entscheidend, sondern die Befähigung und die Opferwilligkeit der Herren, die an die Börse geschickt würden. Man möge doch erst die Erfahrungen mit der jetzigen provisorischen Einrichtung abwarten.

Abg. v. Below-Saleske erkennt den jetzt schon erzielten Fortschritt mit Dank für die Regierung an, empfiehlt aber die Forderungen der Interpellation.

Oberbürgermeister Becker ist von den Erklärungen der Minister befriedigt.

Minister Brefeld betont, für die Verweigerung der Probeverwiegungen in Königsberg seien ausreichende Gründe beigebracht. Auf diese Frage werde auch seitens des Staatskommissars das Augenmerk ganz besonders gerichtet werden. Er bitte übrigens, Ausdrücke wie „Unverschämtheit" zu vermeiden.

Nach weiterer kurzer Debatte, an welcher sich Minister v. Hammerstein, Herr Bender, Graf Stolberg nnd Graf Klinkowström betheiligen, erklärt

Minister v. Hammerstein, daß die Königsberger Angelegenheit noch der Prüfung unterliege. — Damit ist die Besprechung beendet. — Nächste Sitzung unbestimmt.

Haus der Abgeordneten.

12. Sitzung vom 17. Dezember,

Am Ministertische; Handelsminister Brefeld. Tagesordnung. Erste Lesung der Handelskammernovelle.

Abg. v. Brockhausen (kons.) erörtert das Verhältniß von Handel, Industrie und Landwirthschaft, indem er dabei bedauert, daß das bei Einführung der Schutzzölle zwischen Industrie und Landwirthschaft geschlossene Kartell durch die Handelsverträge gebrochen worden sei, Weiter dankt Redner dem Minister für die Uebernahme der Handelskammervorlage seines Vorgängers und hofft, daß bei energischem Festhalten Preußens an seinem Entwurf dieser im Bundesrath doch noch eine Mehrheit finden möge. Auf das vorliegende Gesetz wieder zurückkommend, empfiehlt Redner, dasselbe an eine 21gliedrige Kommission zu verweisen. Er bekämpft sodann heute schon die Bestimmung über die Beitragspflicht der in ein Handelsregister eingetragenen Genossenschaften. Würde diese Bestimmung nicht gestrichen, dann würden die Konservativen gegen die ganze Vorlage stimmen.

Abg. Bueck (nl.) wendet sich zunächst gegen verschiedene Aeußerungen des Vorredners und bemerkt dann, seine Freunde wollten durchaus keine obligatorische Interessenvertretung für Handel und Gewerbe, weil sie nothwendig auch zu obligatorischen Interessenvertretungen der Arbeiter führen müßten, und diese wollten sie nicht, weil sie zum Stützpunkte der Sozialdemokratie würde. Redners Freunde stimmten für Kommissionsberathung.

Handelsminister Brefeld betont, daß der Entwurf nichts Anderes sei, als das Residuum der vorjährigen Vorlage nach Ausscheidnng der obligatorischen Organisation, die ja im Hause keine wohlwollende Aufnahme gefunden habe. Hierauf sucht der Minister die gegen die Vorlage im Einzelnen erhobenen Bedenken zu widerlegen. Wegen der landwirthschaftlichen Genossenschaften könne man jedenfalls nicht alle wirthschaftlichen Genossenschaften von der Beitragspflicht ausschließen. Die Regierung werde in der Kommission alle Vorschläge gern in Erwägung ziehen. (Beifall(.)

Abg. Gamp (frk.) wünscht eine Erklärung der Regierung, daß unter keinen Umständen landwirthschaftliche Betriebe gezwungen werden sollen, sich ins Handelsregister eintragen zu lassen und dadurch auch in Handelskammern einzutreten. Dann würde er der Anregung, die Handelskammern bei der Einrichtung der Handelsregister mitwirken zu lassen, zustimmen können. Auch er wünsche Kommissionsberathung.

Abg. Cahensly (Zentr.) erklärt, seine Partei stehe der Vorlage sympathisch gegenüber, würde aber, wenn sie davon eine Schädigung der Landwirthschaft befürchten müßte, einmüthig dagegen stimmen. Redner geht hierauf ausführlich auf die Einzelheiten der Vorlage ein und empfiehlt schließlich Kommissionsberathnng.

Abg. Eckels (nl.) plaidirt für die Vorlage.

Abg. Broemel (frs. Vg.) erklärt, seine Freunde hielten nach wie vor die Schutzzölle für ein Unglück. Dem Entwurfe und der Begründung desselben durch den Handelsminister stimme seine Partei im Ganzen zu.

Abg. Fuchs (Zentr.) hält für seine Person die gegenwärtige Vorlage für eine Verschlechterung der früheren Vorlage, weil sie das Prinzip der obligatorischen Organisation preisgebe. Nur die obligatorische Organisation, die wirklich den ganzen Handelsstand umfassen würde, könnte da Abhilfe schaffen. Er bedauere lebhaft, daß die frühere durch die jetzige Vorlage so verwässert worden sei. — Damit wird die Diskussion geschlossen. Die Vorlage geht an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Nächste Sitzung Freitag: Entgegennahme von Regierungsvorlagen, Interpellation Stephan (Zentr.) betreffend Auflösung von Zentrumsversammlungen in Oberschlesien.

Deutsches Reich.

Berlin, 18. Dezember.

— Der Bundesrath hat in seiner Donnerstag-Sitzung dem Antrag, betreffend die Ausstellung der Zivilversorgungsscheine für in den Kolonialdienst übergetretene Militärpersonen, den Ausschußanträgen, betreffend das amtliche Waarenverzeichniß zum Zolltarif und betreffend die Abänderung und Ergänzung der Instruktion für die zolltechnische Unterscheidung des Talgs 2c., ferner einem Antrag und einem Nachtragsantrag Preußens und Anträgen anderer Bundesstaaten, betreffend die Ausführung des Börsengesetzes vom 22. Juni 1896, sowie der Vorlage, betreffend die Anwendung dieses Gesetzes auf die Börse in Straßburg (Elsaß), die Zustimmung ertheilt.

— Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht in einer Extraausgabe das Gesetz betreffend den Erwerb des hessischen Ludwigs-Eisenbahnunternehmens für den preußischen und hessischen Staat sowie Bildung einer Eisenbahn-Betriebs- und Finanzgemeinschaft zwischen Preußen und Hessen, ferner einen allerhöchsten Erlaß, wonach am 1. Februar 1897 in Mainz eine Eisenbahn-Direktion errichtet wird, der bis zum 1. April 1897 die Verwaltung der hessischen Ludwigsbahn, von da ab auch die Verwaltung der anderweitigen Strecken des vereinigten preußisch-hessischen Eisenbahnnetzes übertragen wird. Die Bahndirektion untersteht umittelbar dem preußischen Arbeitsminister.

— Im Reichstag ist ein vom Abg. Johannsen (Däne) gestellter Initiativ-Antrag auf Gleichstellung der dänischen mit der deutschen Sprache in Nordschleswig eingebracht worden.

— In den antisemitischen Parteilagern scheint überall die „Begeisterung" für die „große Sache" zu erlöschen. Wir haben gelegentlich schon einige Thatsachen, aus denen dies hervorgeht, verzeichnet. Wie es mit der antisemitischen Partei im Süden des Reiches steht, das lehrt neuerdings ein „streng vertrauliches" Zirkular, welches von dem „Vorstand der deutsch-sozialen Reformpartei für Baden, die Pfalz und Elsaß-Lothringen" versandt worden ist. Dieses Zirkular klagt, wie man der „Volksztg." aus Baden schreibt, in wehleidigen Worten darüber, daß die Opferwilligkeit sich in antisemitischen Kreisen nur auf „einige wenige Gesinnungsgenossen" beschränkt, und fordert zu Beiträgen auf. Bei den Geldsammlungen soll nach „sächsischem Muster" vorgegangen werden, und zwar sollen diejenigen Vertrauensmänner, welche die Sammlungen für einzelne Bezirke in größeren Gemeinden in die Hand nehmen, den — „Ehrentitel eines Obmanns des betreffenden Straßenviertels" erhalten! Sei der jetzige Appell an den Geldbeutel der Antisemiten, wie bisher, wirkungslos, so stehe nicht nur eine „jämmerliche" Wahlniederlage in Aussicht, sondern auch der Parteivorsitzende, Konsul Köster-Heidelberg, um den andere Parteien die Antisemiten beneideten, würde dann, an der Zukunft der antisemitischen Parteibewegung in Süddeutschland verzweifelnd, sein Amt niederlegen.

— Von dem Prozeß Wegner, so heißt nämlich das Verfahren gegen die „Dtsch. Tagesztg." wegen Beleidigung des Staatssekretärs v. Marschall, scheint nachgerade auch die Redaktion des Blattes Kenntniß erhalten zu haben. Freilich meint sie auch jetzt noch, daß der Prozeß sich nur nominell gegen sie, in Wirklichkeit aber gegen die Darstellungen über den unterbliebenen Zarenbesuch in Friedrichsruh richte. Das ist mehr als naiv. Unseres Wissens kommt es auf die Mittheilungen der „Bank- und Handelsztg." über diese Angelegenheit gar nicht an, sondern auf die Behauptung, daß Frhr. v. Marschall den Artikel in die „Bank- und Handelsztg." lancirt habe, um den Kaiser gegen den Fürsten Bismarck aufzuregen. Sehr auffällig ist übrigens folgende Bemerkung des Organs des Herrn v. Ploetz zur Sache. In einer Polemik schreibt sie: „Wenn außerdem der beabsichtigte Besuch des Zaren in Friedrichsruh „angeblich" genannt wird, so ist das wohl nur der Ausfluß mangelhafter Unterrichtung." Es wäre von Interesse, zu erfahren, auf welchem Wege die „Dtsch. Tagesztg." sich über die Absichten des Zaren unterrichtet hat. — Auf der andern Seite hat die „Staatsb. Ztg." vernommen, es seien in den letzten Tagen die Redakteure einiger bismarckfreundlicher Blätter (welcher?), die mit der Sache gar nichts zu thun haben, vernommen worden. Aus dem, was man über diese Vernehmungen höre, dürfe geschlossen werden, daß an gewissen Stellen das Gerede demokratischer Blätter, das den Altreichskanzler bez. den Grafen Herbert als die Hintermänner jenes Artikels bezeichnete, thatsächlich Glauben gefunden habe.

— Die Voruntersuchung gegen den Kriminalkommissar v. Tausch liegt in den Händen von zwei Richtern. Landgerichtsrath Herr hat die Ermittelung im Meineidsverfahren, wegen der angenommenen Vergehen im Amte leitet Landgerichtsrath v. Podewils die Untersuchung.

— Der Polizeispion Normann-Schumann hat, wie der „Volkszeitung" mitgetheilt wird, auch an der im Jahre 1875 von der sozialdemokratischen Partei gegründeten „Berliner freien Presse" mitgearbeitet. Er brachte fast ausschließlich Material, bei dessen Veröffentlichung ein Konflikt mit dem Strafrichter sehr leicht möglich erschien. Deshalb brach die Redaktion die Verbindung mit ihm alsbald ab.

— Eine indirekte Majestätsbeleidigung hat kürzlich das Magdeburger Landgericht in einem die Kritik herausfordernden Urtheil festgestellt. Die „Magd. Volksstimme" hatte im September im Hinblick auf die damals bevorstehende Jagd in der Letzlinger Heide die Treibjagden abfällig kritisirt. Hierin hat das Gericht eine Majestätsbeleidigung erblickt, weil der Kaiser an jener Jagd theilgenommen habe, obwohl der angeklagte Redakteur ausdrücklich erklärt hatte, von dieser Theilnahme zur Zeit der Aufnahme des Artikels nichts gewußt zu haben, und hat eine Verurtheilung zu neun Monaten Gefängniß ausgesprochen. Mit Recht wirft die „Köln. Volksztg." die Frage auf, wohin eine solche Auffassung führen soll. Der Kaiser bezw. König unterzeichnet Todesurtheile; soll deshalb eine Kritik der Todesstrafe, auch wenn sie in sehr scharfen Wendungen erfolgt, als Majestätsbeleidigung geahndet werden können? Der Kaiser erklärt den Krieg; wäre es deshalb strafbar, den Krieg als etwas Barbarisches zu bezeichnen? Der Kaiser hat verschiedentlich zur Duellfrage direkt und indirekt Stellung genommen; könnte die Presse deshalb behindert sein, über das Duell in voller Freiheit und Deutlichkeit sich auszulassen? Das Magdeburger Urtheil stellt hiernach einen weiteren Schritt dar auf der schiefen Ebene der indirekten Majestätsbeleidigungen, auf welcher man zu einer ganz unerträglichen Beschränkung der freien Meinungsäußerung gelangen muß.

— Wenn es nach dem Münchener Schöffengericht geht, so kann bei einer Beleidigung des Fürsten Bismarck, der bekanntlich jetzt Privatmann ist, auch dann Straferfolgung und Verurtheilung eintreten, wenn Fürst Bismarck gar nicht die Privatklage erhoben, bezw. Strafantrag gestellt hat. Und zwar geschieht es dann auf Grund des Unfugsparagraphen. In dem sozialdemokratischen Witzblatt „Süddeutscher Postillon" war ein Gedicht erschienen, das angeblich Beleidigungen des Fürsten Bismarck enthalten soll. Das Münchener Schöffengericht verurtheilte dafür den Redakteur zu sechs Wochen Haft. Da kein Strafantrag gestellt war, so schied das Gericht die Beleidigung aus, nahm aber an, daß der Angeklagte sich des groben Unfugs durch das Gedicht schuldig gemacht habe, und es kam zur Verhängung der höchsten zulässigen Strafe, da die „historische Erscheinung Bismarcks in Anerkennung seiner Verdienste einen ganz besonderen Schutz genießen müsse."

— Der Zentralstreikkommission in Hamburg wurde folgender Vorschlag zur weiteren Ausarbeitung unterbreitet: Falls nicht in absehbarer Zeit die Arbeitgeber einen

Vergleich mit den Arbeitern geschlossen hätten, sollten alle jetzt am Streik betheiligten Arbeiter einen eigenen Arbeiterring bilden, welcher auch alle im Hafen vorkommenden Arbeiten selbstständig übernehmen könne, da er aus allen Kategorien der im Hafen beschäftigten Arbeiter bestehen würde. Da dann Stauer-, Ewer-, Heuerbaase 2c. fortfallen würden, so könnte dieser Ring nicht nur alle erhöhten Lohnforderungen den Arbeitern bewilligen, sondern auch 15 Prozent billiger arbeiten als die jetzigen Zwischenpersonen; die Arbeiter hätten dann nur mit den Kaufleuten und Rhedern direkt zu thun. — Senator Hachmann antwortete einer Deputation von Gewerbetreibenden, die den Senat ersuchte, Schritte zur Beilegung des Streikes zu thun: Er bedauere die Ablehnung des Schiedsamtes durch die Arbeitgeber, die die gute Absicht offenbar verkannt haben, aber der Senat dürfe und könne nicht eingreifen, da er kein Recht besitze, sich in den wirthschaftlichen Streit Privater zu mischen. Der Senat beschränke sich darauf, den Kampf zu überwachen und dafür zu sorgen, daß durch den Zuzug fremder Arbeiter der Gesundheitszustand der Stadt nicht gefährdet werde. — An vielen Stellen fanden Ausschreitungen statt, bei denen die Polizei einschreiten mußte. Es wurden Verhaftungen vorgenommen, auch sind Verwundungen vorgekommen. — Die Oberhafenpolizei verbot den von der Streikleitung gecharterten Dampfern die Befahrung des Hafens durch Streikende. Da der Hafen öffentliches Fahrwasser ist, wurde Beschwerde an den Senat eingereicht. — Der aus Hamburg ausgewiesene englische Arbeiterführer Tom Mann hatte sich über die Ausweisung beschwert. Der englische Unterstaatssekretär des Auswärtigen Curzon hat ihm darauf mitgetheilt, daß Lord Salisbury unter Mitwirkung des englischen Botschafters in Berlin die Angelegenheit vollständig untersucht habe und finde, daß die Verhaftung und Ausweisung Mann's durch die Umstände gerechtfertigt gewesen und daher kein Grund zu Vorstellungen bei der deutschen Regierung gegeben sei.

— Abermals ein Deutscher in Marokko ermordet! Aus Tanger wird gemeldet, daß dort der deutsche Bankier Haßner, als er sich in der Nacht zum Donnerstag nach Hause begeben wollte, in einer Entfernung von 300 Yards vor dem Stadthore ermordet worden ist.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Sehr scharf hat sich am Mittwoch im österreichischen Reichsrath der Landesvertheidigungsminister Graf Welsersheimb gegen das Duell ausgesprochen. Er bezeichnete das Duell als Unfug und rohen Barbarismus. Graf Welsersheimb erklärte ferner, er pflichte vollkommen dem Wunsche bei, daß Alle zusammenwirken sollten, um diesem Unfug zu steuern. Die Gesellschaft müsse anerkennen, daß vor allem der Beleidigte den Schutz der Gesellschaft und der Gesetze verdiene. Seitens der Militärleitung könne man unmöglich wünschen, daß diejenigen, die berufen seien, gegen die Feinde des Vaterlandes zu kämpfen, sich untereinander und ihre Mitbürger umbringen.

Italien.

In der Deputirtenkammer gab der Minister des Aeußeren Visconti Venosta auf eine Anfrage des Deputirten Cirmeni die Erklärung ab, die der Regierung zugegangenen Nachrichten berechtigten zu der Versicherung, daß die Nachricht von einer russischen Besetzung eines Punktes am Rothen Meere unbegründet sei. Bei der russischen Regierung eingezogene Erkundigungen hätten ergeben, daß es sich in der That um hydrographische Studien gehandelt habe; jede Absicht einer Besetzung sei in Abrede gestellt.

Schweiz.

Bei der Neuwahl der Bundesräthe, die jetzt durch die vereinigte Bundesversammlung vorgenommen ist, wurden die gegenwärtigen Bundesräthe für die neue dreijährige Amtsperiode wiedergewählt. Deucher-Thurgau wurde mit 149 von 151 Stimmen zum Bundespräsidenten gewählt. Er übernimmt das Departement des Auswärtigen, während Lachenal, der bisherige Präsident, das Departement des Handels, der Industrie und der Landwirthschaft übernimmt.

Spanien.

Mit Maceo ist der gefährlichste Gegner der Spanier auf Kuba gefallen. Er gehörte einer Familie an, die seit Jahrzehnten im Kampf gegen die Spanier gestanden hat. Der Vater, Marcos Maceo, seine sieben Söhne und seine vier Stiefsöhne ergriffen im Aufstand von 1878 die Waffen gegen Spanien, und wenn sich an der jetzigen Erhebung nur zwei von den zwölfen, welche die Familie bildeten, Antonio und José, betheiligten, so hängt dies damit zusammen, daß die andern zehn entweder auf dem Schlachtfeld fielen oder nachher an den Folgen ihrer Wunden starben, oder aber in Folge der früheren Kämpfe invalid sind. Von den Söhnen aus zweiter Ehe, den Maceos, starb Rafael an den Folgen einer schweren Verwundung auf fremdem Boden, wohin er sich geflüchtigt hatte, Miguel fiel in der Schlacht von Nuevitas und Julio blieb in einem Vorpostengefecht in Nuevo Mundo; Tomas und Marcos leben noch, sind aber in Folge von Schußwunden Krüppel. Marcos Maceo, der Vater, fiel 1878 im Kampfe gegen die Spanier. José Maceo wurde im Laufe dieses Jahres wegen persönlicher Zwistigkeiten von einigen Untergebenen ermordet. So blieb von allen Mitgliedern dieser „revolutionären Dynastie“ nur noch Antonio Maceo übrig, der, von den spanischen Truppen in der Provinz Pinar del Rio eingeschlossen, sich so lange und so hartnäckig gewehrt hatte. — Antonio Maceo soll übrigens thatsächlich ermordet worden sein. Wie nämlich Newyorker Blättern aus Jacksonville gemeldet wird, ist dem dortigen kubanischen Komitee die Nachricht zugegangen, Maceo sei in eine Falle gelockt und in grausamer Weise getödtet worden. Der Marquis Ahumada, General Weylers Stellvertreter, habe an Maceo einen Brief geschrieben, in dem er ihn zu einer wichtigen Konferenz einlud. Maceo nahm die Einladung an und fand sich an der bezeichneten Stelle an der Trocha (improvisirte Befestigungslinie der Spanier, von Norden nach Süden errichtet, um Maceo die Rückkehr aus der Provinz Pinar del Rio nach dem Osten der Insel abzuschneiden) ein, bloß von seinem Stabe begleitet. Er traf aber dort nicht den Marquis Ahumada, sondern eine starke Abtheilung spanischer Truppen unter dem Major Cirujeda. Die Spanier umringten sofort die kleine Gruppe Maceos und forderten sie auf, sich bedingungslos zu ergeben. Kaum hatte Maceo ein energisches „Nein“ gerufen, da eröffneten die Spanier ein mörderisches Feuer auf die Gruppe. Maceo und seine Leute schossen zwar jetzt ebenfalls, aber sie erlagen der Uebermacht; ihre Leiber waren bis zur Unkenntlichkeit zerschossen. Der einzige, der sich retten konnte, war Dr. Zertucha. Gegen diese Darstellung scheint allerdings der Umstand zu sprechen, daß Maceo äußerst vorsichtig war und nicht leicht in eine Falle sich locken ließ. Die amerikanischen Blätter berichten aber, er sei von verschiedenen Seiten wiederholt vor Dr. Zertucha, den man für einen Verräther hält, gewarnt worden, jedoch vergebens, und so sei es wohl möglich, daß sich Maceo von seinem Arzte zu dem verhängnißvollen Stelldichein habe verleiten lassen. — Auf den Philippinen sieht es für die Spanier sehr böse aus. Aus Singapore meldet die „Times“: Die Truppen sind von den einzelnen Philippinen-Inseln nach Manila zurückgezogen worden. Die Rebellen, welche Cavite befestigen, sind jetzt 50 000 Mann stark. Das Land ist in vollem Aufruhr. — Nach einer Meldung des „Imparcial“ aus Manila haben die Aufständischen sich zahlreicher Personen bemächtigt. Ein Gutsbesitzer wurde in Bulacan entsetzlich verstümmelt und gepeinigt.

Frankreich.

In der Deputirtenkammer stellte und begründete Jaurès bei der Berathung des Kriegsbudgets einen Antrag auf Herabsetzung der Dienstzeit auf ein Jahr. Der Minister antwortete: Wir dürfen nicht vergessen, daß unsere Grenzen offen sind. Unsere militärischen Gesetze gewährleisten unsere Vertheidigung. Eine einjährige Dienstzeit würde unsrre Streitkräfte vermindern. Die Kriege sind heutzutage fürchterlich, die Reserven müssen bereit sein, in die Schlachtlinie einzurücken. (Beifall.) Der Antrag Jaurès wurde darauf mit 482 gegen 54 Stimmen abgelehnt. — Infolge von Gerüchten über Befreiungsversuche des früheren Kapitäns Dreyfus ordnete die Regierung an, daß die Wächter des deportirten Offiziers alle 6 Monate gewechselt werden. — Egypten hat die Betheiligung an der 1900 stattfindenden Weltausstellung abgelehnt. Dies hat in den Pariser Regierunskreisen arg verstimmt. Die Ablehnung wird dem englischen Einfluß zugeschrieben.

Provinzielles.

Elbing, 17. Dezember. Die Ressource Humanitas (Kasino) wird im Frühjahr 1897 ihr hundertjähriges Bestehen festlich begehen. Das Komitee hat ein Festessen und einen Kostümball in Aussicht genommen.

Danzig, 17. Dezember. Betreffs der in Danzig geplanten Ausstellung wurde in einer Versammlung, die gestern Abend in der Gambrinushalle stattfand, folgende Resolution angenommen: „Die heute versammelten Bürger Danzigs halten es für das Zustandekommen einer Ausstellung in hiesiger Stadt für nothwendig, daß dieselbe in einem weiten Umfange veranstaltet wird. Nicht eine Gewerbeausstellung, nicht eine Provinzialausstellung, sondern eine große nordische oder baltische Ausstellung, zu welcher alle Länder unseres Handelsverkehrs zugezogen werden sollen, ist dem Handel und dem Verkehr sowie dem Gewerbestande nutzbringend.“ — In dem Befinden des verunglückten Oberbürgermeisters von Elbing, Elditt, ist eine wesentliche Veränderung nicht eingetreten. Der Patient kommt nur zeitweise zur Besinnung. Es liegt leichte Gehirnerschütterung vor, bedenklich ist die durch den Stoß der Schlittendeichsel herbeigeführte Schädelverletzung. Der Patient wird jedenfalls noch längere Zeit hier im Lazareth verbleiben müssen, ehe an eine Uebersiedelung in seine Heimath gedacht werden kann. Krankenbesuche können mit Rücksicht auf den Zustand des Herrn Elditt einstweilen nicht zugelassen werden.

Danzig, 17. Dezember. Betreffs des in Danzig zu errichtenden Denkmals für Kaiser Wilhelm I. wurde in einer Besprechung der Mitglieder des Provinzialausschusses beschlossen, daß von einer Beihilfe seitens der Kreise, kommunalen Körperschaften oder durch Privatsamlungen Abstand genommen und das Denkmal allein durch die Provinz errichtet werde. Zu diesem Zwecke sollen alljährlich in den Etat je 20 000 Mk. bis zur schließlichen Höhe von 100 000 Mark, auf welche Summe die Kosten des Denkmals veranschlagt sind, eingestellt werden. Von der Provinzial-Hauptstadt Danzig soll nur die Hergabe des Platzes und die spätere Unterhaltung des Denkmals beansprucht werden. Was den Termin der Grundsteinlegung anbelangt, so hatte man zuerst den 22. März in Aussicht genommen; es wurde hiervon jedoch abgesehen, in erster Linie mit Rücksicht darauf, daß bis zu diesem Tage die Vorarbeiten nicht erledigt sein können, ferner weil ohnedies an diesem Tage voraussichtlich zahlreiche andere Festlichkeiten die betheiligten Kreise in Anspruch nehmen werden. Man einigte sich schließlich dahin, einen der zahlreichen historischen Gedenktage im Herbst zu wählen, und es dürfte hierbei voraussichtlich der 2. September gewählt werden. Mit der weiteren Entscheidung aller zunächst in Betracht kommenden Fragen wurde eine Kommission betraut. Bei Erörterung der Platzfrage entschied man sich für den Platz rechts vor dem Hohenthore auf der seitens der Stadt dort geplanten Schmuckanlage. Was die äußere Gestaltung des Denkmals betrifft, so wurde abgerathen, die Form des üblichen Reiterstandbildes zu wählen; man möge den Kaiser stehend in seiner schlichten Größe so darstellen, wie er hier den Danziger Bürgern noch von seinen Besuchen in treuer Erinnerung ist. Den Sockel des Denkmals sollen Reliefs zieren, welche die geschichtliche Entwickelung der Provinz Westpreußen darstellen. — Vom Provinzialausschuß wurde ferner u. a. beschlossen, die Kostenanschläge für die Unterhaltung der Provinzial-Chausseen im Rechnungsjahre 1. April 1897/98 auf 550 300 Mk. festzusetzen und zur Beschleunigung der zoologisch-agronomischen Aufnahme der Provinz Westpreußen 5000 Mk. in den Etat einzustellen. Ferner wurde u. a. die Vorlage betreffend die Einführung von Wiederholungskursen für Hebammen in der Provinzial-Hebammen-Anstalt zu Danzig genehmigt.

Pr. Eylau, 17. Dezember Bienenzüchtern pflegt in honigreichen Jahren der Absatz des gewonnenen Honigs zu angemessenen Preisen schwer zu fallen. Es sei deshalb darauf aufmerksam gemacht, daß vom Vorsitzenden der Obstwein-Bereitungs-Genossenschaft Pr. Eylau auch eine Methbrauerei eingerichtet ist. Die erforderlichen Kosten werden zum größten Theil vom hiesigen Bienenzucht-Verein getragen. Räume und Geräthe für Methbrauerei giebt die genannte Genossenschaft her. Zur Zeit ist man mit den ersten Versuchen beschäftigt. Diese werden sich zunächst auf die Herstellung verschiedener Sorten erstrecken, um daran zu erproben, welche den herrschenden Geschmacksrichtungen am besten angepaßt sind.

Flatow, 16. Dezember. Auf einigen Grundstücken unserer Stadt stieß man bei tieferem Graben auf eine stark mit gelben Blättchen durchsetzte Erde, und dieser Umstand erweckte bei manchen Leuten die Hoffnung, der Flatower Boden sei goldhaltig, zumal der polnische Name für Flatow (Zlotowo) Goldau bedeutet. Nun hat aber der Direktor des Westpreußischen Provinzial-Museums, Herr Professor Dr. Conwentz in Danzig, dem eine Bodenprobe geschickt wurde, mitgetheilt, daß diese „goldführende“ Erdschicht aus stark zersetztem Granit bestehe; die gelben Blättchen seien nichts anderes als Glimmer, der im Volksmunde auch Katzengold heißt. Man ist darob arg enttäuscht.

Aus dem Kreise Flatow, 17. Dezember. Nachdem im Bromberger und Wirsitzer Kreise bereits ein ausgedehntes Kleinbahnnetz gebaut und im Tucheler Kreise ein solches in Aussicht steht, ist eine große Anzahl von Interessenten zusammengetreten, um zwischen diesen beiden Kleinbahnsystemen eine Verbindungs-Kleinbahn und somit ein Bindeglied zwischen den großen Verkehrsadern im Süden und Norden herzustellen. Es soll zu diesem Zwecke durch den östlichen Theil des Kreises Flatow eine etwa 12 Kilom. lange Kleinbahn — die erste im Kreise Flatow — gebaut werden, welche von Lindenwald im Kreise Wirsitz ausgeht, im Kreise Flatow die Orte Soßnow, Mayenthal und Waldowke berührt und bei Gr. Klonia in die Kleinbahn des Kreises Tuchel einmündet. Sämmtliche im Kreise Flatow in Betracht kommenden Grundbesitzer haben bereits kostenlose Hergabe des Grund und Bodens zugesagt.

Mohrungen, 16. Dezember. Ein für die jetzigen Verhältnisse seltenes Fest feierten heute der Kutscher Franz Bollon und der Hirt Friedrich Baffs zu Gr. Münsterberg: das Jubiläum ihrer 50jährigen Dienstzeit bei der dortigen Herrschaft. Vom Kaiser ist beiden das allg. Ehrenzeichen verliehen worden, welches ihnen von Herrn Rittergutsbesitzer Baath überreicht wurde.

Königsberg, 16. Dezember. In dem Zeugnißzwangsverfahren gegen den Chefredakteur der „Hart. Zeitung“ wegen Veröffentlichung des Kommandanturbefehls ist jetzt seitens des Amtsgerichts wegen theilweiser Zeugnißverweigerung eine Geldstrafe von 150 Mark festgesetzt worden.

Königsberg, 16. Dezember. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung wurde die Vorlage des Magistrats wegen Freilegung des Schloßteichs einstimmig angenommen. Dieser Beschluß bedeutet die Loslösung der schönsten Perle unserer Stadt aus ihrer sie ganz verdeckenden Fassung. Man wird also am Münzplatz einen Ausblick auf und über den Schloßteich erhalten — eine Oase behaglichen Naturgenießens im öden Häusermeer! Das zur Freilegung nöthige Kapital ist bereits durch Sammlungen in Höhe von über 70 000 Mk. aufgebracht.

Königsberg, 17. Dezember. Bei einem Brande, der gestern spät Abends in dem Hause Insel-Venedig Nr. 3 ausbrach, ist der Eisenbahnschaffner Emil Behr ums Leben gekommen. Es wurde ermittelt, daß der Brand in einer der über dem zweiten Stockwerke belegenen beiden Dachstuben ausgekommen sein muß. In der von dem unverheiratheten Behr bewohnten Stube wurde dieser, vollständig angekleidet, mit dem Kopfe auf dem Schaffnerkasten ruhend und mit Brandwunden im Gesicht, auf dem Fußboden liegend todt aufgefunden. Er hat, da die Stube ausgebrannt war, unzweifelhaft den Tod durch Erstickung gefunden. Wie die Hausbewohner mittheilen, war der Mann betrunken nach Hause gekommen. Es scheint nun, daß Behr mit brennender Zigarre zu Bett gegangen ist und dadurch den Brand verursacht hat. Er ist eingeschlafen und erwachte erst, als das Bett bereits brannte und die Stube voll Rauch war. Er hat dann wohl flüchten wollen, die Thür aber nicht gefunden. Dagegen hat er den neben der Thür stehenden Kleiderschrank geöffnet und sich in die Kleider geworfen. Dabei ist er aber vom Rauche betäubt worden und erstickt.

§ **Argenau,** 17. Dezember. Eine schnelle Sühne fand ein dieser Tage in Klein-Neudorf begangener Einbruch. Der Einbrecher, dem hauptsächlich Kleidungsstücke und Pelzsachen in die Hände gefallen waren, versuchte dieselben am Morgen nach dem Diebstahl hier im Orte billig loszuschlagen. Dies erregte Verdacht bei dem Gasthofsbesitzer, wo er einkehrte. Derselbe benachrichtigte den hiesigen Gendarm H. Als der Bestohlene nach der Stadt kam, um den Diebstahl zu melden, konnten ihm die gestohlenen Gegenstände wieder ausgehändigt werden. Der Dieb selbst wurde sofort in das Gerichtsgefängniß zu Inowrazlaw transportirt.

Bromberg, 17. Dezember. In der Zeit vom 12. bis 15. d. Mts. sind hier in Bromberg standesamtlich mehrere Todesfälle verzeichnet worden, die mit Rücksicht auf das hohe Alter der Verstorbenen von Interesse sind. Ein pensionirter Küster erreichte das Alter von 83 Jahren, eine Wittwe Grützmacher starb im Alter von 86 Jahren, ein ebenso hohes Alter erreichte die Wittwe Anna Lüttke, und im Alter von 92 Jahren verstarb der Kirchhofsgärtner Oldenburg. Wahrscheinlich die älteste Frau in Bromberg war die Wittwe Marianna Gardzielewska, die im Alter von 96 Jahren das Zeitliche gesegnet hat.

Krone a. Brahe, 17. Dezember. Eine Aktien-Brennerei mit einer Produktionsfähigkeit von 250 000 Liter jährlich soll in Wiskittno mit einem Kostenaufwand von 95- bis 98 000 Mk. erbaut werden. Sie wird von 12 Aktionären, sämmtlich Landwirthen, in's Leben gerufen.

Lokales.

Thorn, 18. Dezember.

— [Nebengeschäfte in Apotheken.] Die „Pharm. Ztg.“ theilt eine allen Apothekern einer östlichen Provinz zugegangene anscheinend allgemeine Verfügung mit, wonach die Apotheker die Genehmigung des Regierungs-Präsidenten für Nebengeschäfte wie Selterwasser-, Essig-, Verbandstoff- 2c. Fabrikation, für Schank- und Gastwirthschaft, Droguenhandel und dergleichen nachsuchen müssen.

— [Nachsendung von Telegrammen.] Bisher wurde ein Telegramm in dem Falle nicht nachgesandt, sondern als unbestellbar behandelt, wenn der Adressat nach dem ursprünglichen Aufgebeort abgereist war. Diese Vorschrift ist nunmehr aufgehoben worden und es ist danach künftig auch die Nachsendung von Telegrammen nach dem Ursprungsort zulässig.

— [Auszahlung der Marschgebührnisse.] Nachdem den Gemeinden und selbstständigen Gutsbezirken vom 1. April 1895 ab die Erhebung der direkten Staatssteuern übertragen worden ist, ist es auch vielfach unbedenklich erschienen, die Marschgebührnisse nach der Marschgebührnißordnung direkt von den Ortshebestellen an die zum Militärdienst Einberufenen auszahlen zu lassen. Die Ortshebestellen haben diese für Rechnung der Kreiskassen geleisteten Zahlungen bei Ablieferung der erhobenen Staatssteuern in Anrechnung zu bringen.

— [In der Thorner Landesverrathsaffäre] ist die Erhebung der Anklage gegen die verhafteten Personen, den früheren Hilfsgerichtsdiener Albrecht, den Schachtmeister Fahrin und einen Unteroffizier, auf unbestimmte Zeit verschoben, da zur Begründung der Anklage das Zeugniß des verhafteten Kriminalkommissarius v. Tausch erforderlich ist, in dessen Händen fast ausschließlich alle Ermittelungen in der Sache gelegen haben. Daher sollen die Verhafteten einstweilen nicht nach Leipzig überführt werden.

— [Gewerbeschule für Mädchen.] Am Sonntag, den 20. d. Mts., findet Nachmittags 1 Uhr im Zimmer 27 der Höheren Mädchenschule die Schlußprüfung statt. Interessenten werden eingeladen, derselben beizuwohnen.

— [Konzert.] Auf die morgen, Sonnabend, Abends in der Aula der Bürgerschule stattfindende Aufführung der Schülerinnen der höheren Mädchenschule weisen wir hierdurch nochmals hin. Billets sind in der höheren Töchterschule und beim Pedell zu haben.

— [Im Handwerkerverein] hielt gestern Abend Herr Professor Feyerabendt den angekündigten Vortrag über die Volksdichterin Johanna Ambrosius. Redner führte aus, es sei ihm, als er vor kurzer Zeit das Werk der Schriftstellerin in die Hand bekam, ergangen, wie es oft auch anderen ergeht; er habe der Sache zuerst wenig Beachtung geschenkt, nachdem er aber erst ein Gedicht wiederholt gelesen und den tiefen Inhalt desselben nach und nach erkannt, habe er diesem Werke seine volle Aufmerksamkeit gewidmet. Die Gedichte unserer ostpreußischen Dichterin zeichnen sich in ihren Grundzügen durch eine große Liebe zu Gott, Obrigkeit, Provinz, Heimath, Kindern und Mitmenschen aus; es sei zu verwundern, wie eine Dichterin, die unter so kümmerlichen Verhältnissen bei schwerer Arbeit und Entbehrungen aufgewachsen ist, doch so zufrieden mit ihrem Geschick sei. Wenn die Dichtungen auch nicht Schillersche Gedichte seien, so seien dieselben doch von so edlem Denken beseelt, daß es nur zu wünschen wäre, daß man denselben noch mehr Beachtung schenke. Wenn dieses in Folge des Vortrages der Fall sein sollte, so wäre der Zweck desselben erreicht. Herrn Professor Feyerabendt wurde für seine Ausführungen lebhafter Dank zu Theil. — Der nächste Vortrag findet am 7. Januar, das nächste Wintervergnügen am Sylvesterabend statt.

— [Der Verein für die vereinfachte Stenographie] hielt am Donnerstag Abend im Uebungslokale seine Jahresschluß-Sitzung ab. Herr Lehrer Polzfuß erstattete den Jahresbericht, den Kassenbericht Herr Pfennig. Bei der Vorstandswahl wurden wieder-, bezw. neugewählt: Herr Jsakowski zum Vorsitzenden, Herr Polzfuß zum Schriftführer, Herr Pfennig als Kassenwart und Herr Wendel als Bibliothekar. Die regelmäßigen Uebungen beginnen wieder am 7. Januar 1897. Zum Uebungsleiter wurde wieder Herr Polzfuß gewählt. Bei genügender Betheiligung soll noch ein zweiter Unterrichts-Kursus für Anfänger eingerichtet werden, der Ende Januar oder Anfangs Februar beginnen würde.

— [Schützenhaustheater.] Die gestrige Benefizvorstellung für Herrn Straß war leider nicht allzu zahlreich besucht. Die Ursache hiervon ist jedenfalls nur darin zu suchen, daß wir jetzt in der Zeit vor Weihnachten stehen, wo überall der Theaterbesuch ein schwacher ist. Das hübsche Skowronnek'sche Lustspiel „Halali" wurde in den Hauptrollen recht gut gespielt.

— [Ueberfall.] Als gestern Abend um 7 Uhr der Schächter Herr Kulikow vom hiesigen Schlachthause nach der Stadt ging, gingen vor ihm zwei Männer rechts und links der Straße ebenfalls nach der Stadt zu. Als Herr Kulikow an das erste Thor kam, hielt ihn einer derselben an und forderte ihm seine Baarschaft mit dem Bemerken ab, daß beide längere Zeit nichts gegessen hätten und leben wollten; wenn er ihnen nichts gebe und sie dann nicht leben könnten, brauche er auch nicht zu leben. Herr K. händigte ihnen darauf seine Baarschaft von 3,50 Mk. ein, worauf die Wegelagerer ihn gehen ließen. Unseres Wissens stand an jener Stelle, die recht geeignet für einen Ueberfall ist, in früheren Jahren ein Militärposten. Vielleicht nimmt das königl. Gouvernement Veranlassung, wegen der Sicherheit der Passanten wieder einen Posten dort aufzustellen. Es sollen übrigens schon öfter dort Ueberfälle vorgekommen sein.

— [Der eingetretene Frost] hat heute bereits wieder Personen veranlaßt, die Eisdecke auf der Weichsel zu betreten. Dies ist gerade jetzt an den Ufern bei dem steigenden Wasser gefährlich. Jedenfalls wäre es sehr wünschenswerth, wenn, sobald das Eis sicher für den Uebergang ist, ein Weg hergestellt würde.

— [Gefunden] ein Ueberweisungsnationale für Musketier Maximilian v Czudnochowski; ein kleines schwarzes Portemonnaie auf der Culmer Chaussee.

— [Polizeiliches.] Verhaftet wurden 4 Personen.

— [Temperatur] heute Morgen 8 Uhr 6 Grad C. Kälte; Barometerstand 27 Zoll 7 Strich.

— [Von der Weichsel.] Der Wasserstand betrug heute Morgen 0,36 Meter über Null.

Kleine Chronik.

* Ueber die Familie des Freiherrn v. Hammerstein, der sich nun beinahe ein Jahr in Haft befindet, macht ein Berliner Blatt folgende Mittheilungen: Seine Frau und deren Tochter aus erster Ehe leben in Steglitz, nnd die Adelsgenossenschaft gewährt den Damen eine Unterstützung. Außerdem sorgen die fleißigen und geschickten Hände der Tochter durch Kerbschnitzerei für Truhen, Möbel und dergleichen für den Lebensunterhalt. Die anderen beiden Töchter leben bei befreundeten Familien auf dem Lande. Der Stiefsohn des Verhafteten lebt nach wie vor auf Sizilien. Die Familie ist weit entfernt davon, sich vom Vater loszusagen, vielmehr hoffen und erstreben alle nach verbüßter Haft wieder ein Zusammenleben. Herr v. Hammerstein magerte bei der schweren Zuchthauskost zusehends ab und erhält deshalb Krankenkost.

* In Leipzig fuhr ein Motorwagen der Straßenbahn in das Schaufenster der Firma Wilbrandt am Markt. Drei Personen wurden schwer verletzt und eine Dame getödtet.

* Der Dampfer „Thuringia" der Hamburger Packetfahrtlinie strandete bei Curaçao.

* Der aus Antwerpen als angeblich verloren gemeldete Hamburger Postdampfer „Eduard Bohlen" ist am 14. Dezember wohlbehalten in Las Palmas angekommen.

* „Freiwild" und das Offizierkorps. Aus Breslau schreibt man dem „Neuen Wiener Tgbl.": Arthur Schnitzlers neues Schauspiel „Freiwild" hat hier am Lobetheater ein interessantes Schicksal gehabt. Nachdem das Stück, welches in Oesterreich spielt, vom Polizeipräsidium zur Aufführung zugelassen worden war, ist es am Sonnabend mit Erfolg zu ersten Male über die Bühne gegangen. In dem Stücke kommt ein Oberleutnant vor, der — im ersten Akt — mit einem Zivilisten in Streit geräth. Die im Theater anwesenden Offiziere hatten mitten in der Vorstellung das Theater verlassen, und am Sonntag in der zweiten Vorstellung erschien nun der Oberleutnant im ersten Akt in Zivil, im dritten dagegen in voller Uniform. Man nimmt an, daß „höhere Einflüsse" bei der Aenderung mitgewirkt haben.

Telegraphische Börsen-Depesche.

Berlin, 18. Dezember.

Fonds: still.

			17. Dez.
Russische Banknoten		216,35	216,40
Warschau 8 Tage		215,80	215,80
Preuß. 3% Consols		98,00	98,10
Preuß. $3^1/_2$% Consols		103,30	103,40
Preuß. 4% Consols		103,70	103,70
Deutsche Reichsanl. 3%		97,90	97,80
Deutsche Reichsanl. $3^1/_2$% . . .		103,30	103,25
Polnische Pfandbriefe $4^1/_2$% . .		fehlt	66,80
do. Liquid. Pfandbriefe		fehlt	fehlt
Westpr. Pfandbr. 3% neul. ll.		93,70	93,60
Diskonto-Comm.-Antheile		207,40	207,10
Oesterr. Banknoten		169,60	169,50
Weizen:	Dez.	176,75	176 75
	Loco in New-York	98 c	$97^3/_8$
Roggen:	loco	127,00	126,00
	Dez.	127,00	126,50
Hafer:	Dez.	131,00	130,75
Rüböl:	Dez.	56,70	56,60
Spiritus:	loco mit 50 M. Steuer	56,60	56,90
	do. mit 70 M. do.	37,30	37,50
	Dez. 70er	42,10	41,80
	Mai 70er	42 90	42,70

Petroleum am 17. Dezember,
pro 100 Pfund.

Stettin loco	Mark	—,—
Berlin	„ „	10,50

Spiritus-Depesche.

Königsberg, 18 Dezember.
v. Portatius u. Grothe

Loco cont. 50er	—,—	Bf.,	—,—	Gd.	—,—	bez
nicht conting. 70er	37 20	„	36,90	„	—,—	„
Dez.	—,—	„	— —	„	—,—	„
„	37,20	„	36,50	„	— —	„
Frühjahr	39,50	„	—,—	„	—,—	„

Neueste Nachrichten.

Hamburg, 17. Dezember. Ein neues Schiedsgericht steht in Aussicht. Der Streik dürfte sicher vor Weihnachten beigelegt werden.

Petersburg, 17. Dezember. Die Universitäten Petersburg, Moskau, Charkow sind infolge der Studentenunruhen geschlossen. Außerdem wurde verfügt, daß die Maßregeln zur Ueberwachung der Studenten an allen noch nicht geschlossenen Universitäten wesentlich zu verschärfen sind.

Telegraphische Depeschen.

Warschau, 18. Dezember. Wasserstand der Weichsel heute 1,73 Meter.

Verantwortl. Redakteur: G. Gothe in Thorn.

Polizeiliche Bekanntmachung.

„§ 33 der Gewerbe-Ordnung. **Wer Gastwirthschaft, Schankwirthschaft od. Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus betreiben will, bedarf dazu der Erlaubniß.**

Diese Erlaubniß ist nur dann zu versagen:

1. wenn gegen den Nachsuchenden Thatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß er das Gewerbe zur Förderung der Völlerei, des verbotenen Spiels, der Hehlerei oder Unsittlichkeit mißbrauchen werde;
2. wenn das zum Betriebe des Gewerbes bestimmte Lokal wegen seiner Beschaffenheit oder Lage den polizeilichen Anforderungen nicht genügt.

Die Landesregierungen sind befugt, außerdem zu bestimmen, daß

a) die Erlaubniß zum Ausschänken von Branntwein oder zum Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus allgemein,
b) die Erlaubniß zum Betriebe der Gastwirthschaft oder zum Ausschänken von Wein, Bier oder anderen, nicht unter a fallenden, geistigen Getränken in Ortschaften mit weniger als 15000 Einwohnern, sowie in solchen Ortschaften mit einer größeren Einwohnerzahl, für welche dies durch Ortsstatut (§ 142) festgesetzt wird,

von dem Nachweis eines vorhandenen Bedürfnisses abhängig sein sollte.

Vor Ertheilung der Erlaubniß ist die Ortspolizei- und die Gemeindebehörde gutachtlich zu hören.

Die vorstehenden Bestimmungen finden auf Vereine, welche den gemeinschaftlichen Einkauf von Lebens- und Wirthschafts-Bedürfnissen im Großen und deren Absatz im Kleinen zum ausschließlichen oder hauptsächlichen Zweck haben, einschießlich der bereits bestehenden, auch dann Anwendung, wenn der Betrieb auf den Kreis der Mitglieder beschränkt ist.

Die Landesregierungen können anordnen, daß die vorstehenden Bestimmungen, mit Ausnahme derjenigen im Absatz 3 unter b auch auf andere Vereine, einschließlich der bereits bestehenden, selbst dann Anwendung finden, wenn der Betrieb auf den Kreis der Mitglieder beschränkt ist."

Der vorstehende Absatz 5, welchen der § 33 der Gewerbe-Ordnung durchs Reichs-Gesetz vom 6./8. d. Js. als Zusatz erhalten hat, **tritt mit dem 1. Januar 1897 in Kraft.**

Die etwa hier vorhandenen, unter die Bestimmungen des § 33 (Absatz 5) fallenden Vereine, welche Gastwirthschaft, Schankwirthschaft oder Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus betreiben, wenn auch nur in der Beschränkung auf den Kreis ihrer Mitglieder, werden aufgefordert, entsprechende Anträge schleunigst hierher einzureichen.

Thorn, den 16. Dezember 1896.
Die Polizei-Verwaltung.

Bekanntmachung.

Wir beabsichtigen, vom 1. April k. J. ab ein **zur Aufnahme von etwa 40 Schülern geeignetes Zimmer** mit einem Flächenraum von 30 bis 35 qm nebst den erforderlichen Bedürfnißanstalten zu miethen.

Angebote wolle man bis zum 1. Januar k. J. in unserem Bureau I einreichen.

Thorn, den 17. Dezember 1896.
Der Magistrat.

Allgemeine Ortskrankenkasse.
Neuwahl zur General-Versammlung.

Wir laden hierdurch die Mitglieder der allgemeinen Ortskrankenkasse ein, zur Neuwahl der Vertreter der Arbeitnehmer für die Generalversammlung in den untengenannten Terminen —
in den Saal von Hotel Museum, Hohestraße Nr. 12
zu erscheinen und ihr Wahlrecht auszuüben.

Bemerkt wird ausdrücklich, daß sich nur Diejenigen an der Wahl betheiligen dürfen, welche am Terminstage in Folge ihres Arbeitsverhältnisses noch Mitglied der Kasse, großjährig und im Vollgenuß der bürgerlichen Ehrenrechte sind.

Die Wahl der Vertreter erfolgt unter Leitung des Vorstandes gemäß § 45, 46 des Kassenstatuts nach Lohnklassen gesondert, welche aus den Mitgliedsbüchern ersichtlich sind.

Die Wähler haben sich im Termine unter allen Umständen durch Vorlegung ihrer Mitgliedsbücher zu legitimiren; wer ohne Mitgliedsbuch erscheint, wird zur Wahl nicht zugelassen werden.

Es wählen:

Lohnklasse I 10 Vertreter, wozu Termin ansteht **Sonntag, den 27. Dezember cr.,** Vormittags $11^1/_2$ Uhr,
Lohnklasse II 3 Vertreter, wozu Termin ansteht **Sonntag, den 27. Dezember cr.,** Mittags 12 Uhr,
Lohnklasse III 14 Vertreter, wozu Termin ansteht **Sonntag, den 27. Dezember cr.,** Nachmittags $12^1/_2$ Uhr,
Lohnklasse IV 21 Vertreter, wozu Termin ansteht **Sonntag, den 27. Dezember cr.,** Nachmittag 1 Uhr,
Lohnklasse V 20 Vertreter, wozu Termin ansteht **Sonntag, den 27. Dezember cr.,** Nachm. $1^1/_2$ Uhr,,
Lohnklasse VI 9 Vertreter, wozu Termin ansteht **Sonntag, den 27. Dezember cr.,** Nachm. 2 Uhr.

Schließlich ersuchen wir die Kassenmitglieder recht zahlreich zur Wahl zu erscheinen.

Thorn, den 17. Dezember 1896.
Der Vorstand der allgemeinen Ortskrankenkasse.

Kirchliche Nachrichten
für Sonntag, den 20. Dezbr. 1896.

Altstädt. evangel. Kirche.
Vorm. $9^1/_2$ Uhr: Gottesdienst.
Herr Pfarrer Jacobi.
Abends 6 Uhr: Gottesdienst.
Herr Pfarrer Stachowitz.

Neustädt. evangel. Kirche.
Vorm. $9^1/_2$ Uhr: Gottesdienst.
Herr Pfarrer Hänel.
Nachher Beichte und Abendmahl.
Nachmittag kein Gottesdienst.

Evangelische Militärgemeinde.
(Neustädt. evangel. Kirche.)
Vorm. $11^1/_2$ Uhr: Gottesdienst.
Herr Divisionspfarrer Schönermark.

Kindergottesdienst.
(Neustädt. evangel. Kirche.)
Nachm. 2 Uhr:
Herr Divisionspfarrer Strauß.

Evangel. Gemeinde in Mocker.
Vorm. $9^1/_2$ Uhr: Gottesdienst.
Herr Prediger Frebel
Nachher Beichte und Abendmahl.

Evangel. Gemeinde in Podgorz.
Vorm. 9 Uhr: Gottesdienst in der evangel. Kirche zu Podgorz.
Herr Pfarrer Endemann.

Heute Vormittag 11½ Uhr entschlief nach langen, schweren mit Geduld ertragenen Leiden, versehen mit den heiligen Sterbesakramenten, unsere innigstgeliebte Mutter, Tochter, Schwester und Schwägerin

Johanna von Stablewska

geb. **Kugler**.

Um stille Theilnahme bitten

THORN, den 18. Dezember 1896.

Die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Montag, den 21. Dezember, Nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Nach kurzem schwerem Krankenlager verschied heute 1½ Uhr Nachmittags meine geliebte Frau, unsere gute Mutter, Tochter und Schwester

Frau **Lina Leiser**

geb. Nathansohn.

Dies zeigt tiefbetrübt an

THORN, den 17. Dezember 1896.

Im Namen der Hinterbliebenen

Moritz Leiser.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 20., Nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Die Beerdigung der Frau **Lina Leiser** geb. **Nathansohn**, findet Sonntag, den 20. d. M., Nachmittags 2 Uhr vom Trauerhause, Wilhelmsplatz Nr. 7, aus statt.

Der Vorstand

des israelitischen Kranken- und Beerdigungs-Verein.

Krieger-  **Verein**

Zur Beerdigung des verstorbenen Kameraden **Murawski** tritt der Verein **Sonntag, den 20. Dezember,** Nachmittag 2½ Uhr am Bromberger Thor an.

Der Vorstand.

Fidelitas.

Sonnabend, den 19. d. M., Abends 8½ Uhr:

Vorstandssitzung.

Beginn des Herrenabend 10 Uhr.

Der Vorstand.

Hierzu eine Beilage.

Druck der Buchdruckerei „Thorner Ostdeutsche Zeitung", Verleger: M. Schirmer in Thorn.